

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 2 M., durch unsere Mitarbeiter gegenwärtig in der Stadt monatlich 1 M., auf dem Lande 1 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 3 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbestellungen werden unter Ausschluss der Geschäftszeiten sofort erledigt. In Folge höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Insertionspreis 2 M. für die 6spaltige Korpuszeile oder deren Raum, 1 M. für die 3spaltige Korpuszeile 2 M. für die 2spaltige Korpuszeile. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechend Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltige Korpuszeile 2 M. Nachzahlungsbetrag 50 Pfg. Anzeigenannahme bis mittags 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch genommen wird.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Fischke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Häffig, für den Inseratenteil: Arthur Fischke, beide in Wilsdruff.

Nr. 140

Sonntag den 18. Juni 1922.

81. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

Das Abkommen über die Räumung Oberschlesiens ist von den Vertretern der Interalliierten Kommission, der deutschen und der polnischen Regierung in Doppelunterzeichnung und die neue Grenze amtlich bekanntgegeben worden.

Eine freiwillige Abstimmung im Gutschiner Ländchen ergab eine überwältigende Mehrheit für Deutschland.

Hindenburg erließ bei seiner Abreise von Ostpreußen eine Dankkundgebung mit einer eindringlichen Mahnung zur Einigkeit.

In Berlin wurde eine neue Weltfunkstation im Besitz von Vertretern der Reichspost eröffnet.

Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger wurde in Hamburg eröffnet.

## Kein Militarismus?

Es ist gut, daß die Weltgeschichte auch in unseren Tagen ab und zu für einen Spaß zu sorgen weiß. So sieht man jetzt wieder einmal zur Abwechslung von einer neuen Konferenz der Offiziere, auf der über die Frage der — Abrüstung verhandelt werden soll. Verhandelt werden soll zwischen Belgien, Estland, Finnland, Rußland und — Polen. Derselben polnischen Republik, die sich im Osten des Deutschen Reiches als französischer Verbündeter hat anwerben lassen und die den allergrößten Teil ihrer in Papiergeld berechneten riesenhaften Staatseinnahmen für militärische Zwecke verausgabt. Auf den Auszug dieser für Riga in Aussicht genommenen Abrüstungskonferenz braucht man natürlich nicht sonderlich gespannt zu sein. Die Polen werden schon dafür zu sorgen wissen, daß Hindenburg allenfalls einige gute Reden für die Verherrlichung und Menschenverehrung gehalten, sonst aber keinerlei ihnen unangenehme Beschlüsse gefaßt werden können.

Und genau so im Westen, in Frankreich. Dort hat die Regierung des Herrn Poincaré mit der gleichen Entschiedenheit wie diejenige seines Vorgängers Briand an der 18monatigen Militärdienstzeit als einer unbedingten Notwendigkeit im Interesse der Sicherheit der Republik festgehalten. Und als jetzt, vor Abschluß der Räumungsverhandlungen über die Frage, der Versuch gemacht wurde, wenigstens für die ältesten Söhne von Bismarck und Bismarck eine 12monatige Dienstzeit durchzusetzen, erhob sich sofort Herr Poincaré in seiner ganzen Größe, um gegen eine solche Schwächung der nationalen Sicherheit einschärfendsten Einspruch zu erheben. Der Heeresauschuß der Kammer hatte sich schon gegen den Antrag ausgesprochen, der aber trotzdem in der Vollversammlung des Hauses nicht ausreichte, zumal bekannt wurde, daß der Heeresauschuß sich nur mit neun gegen sieben Stimmen gegen diese menschenfreundlichen Absichten des Antrages erklärt hatte. Aber der Ministerpräsident säumte nicht, der geringen Mehrheit mit seiner ganzen Autorität zu Hilfe zu kommen. Er verkündete, daß sowohl General Castelnau, der Vorsitzende des Heeresauschusses, wie der Berichterstatter Oberst Gaby von ihren Ämtern zurücktreten würden, wenn der Antrag etwa angenommen werden sollte. Darauf habe er, der Ministerpräsident, beschlossen, die gewünschte Abschwächung der militärischen Dienstzeit nicht zuzulassen — woraus man ersehen kann, daß auch in einem so demokratischen Staatswesen wie der französischen Republik der Ministerpräsident der Bollwerkstellung gegenüber zuweilen Worte wählen darf, die stark an absolute Regierungsverfahren erinnern. Selbstverständlich ließ Herr Poincaré auch diese Gelegenheit nicht vorbegehen, ohne an die chauvinistische Empfindlichkeit der Kammer zu rühren. Ob sie es nach dem Vertrag von Rapallo wagen würde, das Land ohne weiteres zu schwächen? Was bliebe schließlich von der 18monatigen Dienstzeit anderes übrig als eine Fassade, wenn man sie durch solche Anträge unterhöhlen wollte? Die Regierung sei sich ihrer Verantwortung in diesem Punkte voll bewußt und müsse im übrigen darauf aufmerksam machen, daß hier kein soziales Fürsorgegesetz, sondern ein Militärgesetz zur Debatte stehe.

Damit war das Schicksal dieses und weiterer Abschwächungsanträge entschieden. Sie wurden mit großer Mehrheit abgelehnt, und der französische Militarismus hat also wieder einmal eine Schlacht gewonnen. Was in diesem seine Beherrscher und Anführer nicht hindern wird, schon morgen wieder der Welt zu versichern, daß eben dieser Militarismus nirgendwo in der Welt weniger zu Hause sei als in Frankreich, und diese Welt, gestehen es wir nur offen, ist immer noch allzu sehr geneigt, auf diese durch und durch unehrenhaften, zumeist bewußt heuchlerischen und verlogenen Vorfälle nicht mehr zu achten, als auf die Sprache der Tatsachen, obwohl diese nicht minder deutlich reden.

Der verführerische Wohlklang der französischen Sprache hat nun einmal nicht wenig dazu beigetragen, das allgemeine Urteil der Völker über unsere Nachbarn im Westen mitzubestimmen, während wir uns selber damit abfinden müssen, daß die deutsche Sprache nun einmal eine „harte Sprache“ ist.

## Das Räumungsabkommen unterzeichnet.

Die Übergabebestimmungen für Oberschlesien. Nach längeren Verhandlungen über eine Reihe technischer Einzelheiten ist am Donnerstag zu später Abendstunde das Abkommen mit den Übergabebestimmungen für die deutschen und die polnischen Teile Oberschlesiens unterzeichnet worden. Die Übergabe geschieht bekanntlich nicht von Deutschland an Polen, sondern vielmehr von der Interalliierten Kommission, der wir schon beim Friedensschluß das gesamte Abstimmungsgebiet übergeben mußten, zum Teil an Polen, zum andern Teil an Deutschland. Dementsprechend ist auch das neue Räumungsabkommen von der Interalliierten Regierungskommission und den Vertretern Deutschlands und Polens unterzeichnet worden. Anschließend an diese Unterzeichnung wurde auch die Grenze notifiziert.

Damit sind die letzten Formalitäten erledigt, und es braucht nur noch ausgesprochen zu werden, was das neue Abkommen in genauer Einzelregelung vorschreibt. Die Bestimmungen umfassen: 1. vorbereitende Maßnahmen, 2. Übergabe der Bauarbeiten und des Materials, 3. Übergabe der Anlagen und Archive, 4. Ersatz des Verwaltungs- und technischen Personals, ferner Übergabe der öffentlichen Dienstzweige und der allgemeinen Verwaltung der Kreise, Räumung des Kreisgebietes durch die alliierten Truppen, und Befestigung durch die deutschen oder polnischen Truppen, Polizei und schließlich Übergabe der allgemeinen Verwaltung des Kreises an die deutschen oder polnischen Behörden. Diese letztere erfolgt in dem Kreise, der zuletzt geräumt wird, das ist im deutschen Teile des Kreises Oppeln. Der Abzug der alliierten Truppen und der Einmarsch der deutschen bzw. polnischen Truppen erfolgt zonenweise.

Die deutschen Behörden haben zum Zeichen der Trauer um den Verlust des Landes einen Tag lang die Dienstflaggen auf Halb mast gesetzt.

## Der Kulturwert der deutschen Presse.

Die Regierung zur Zeitungsnot.

n. Hamburg, 16. Juni.

Auf der hier abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger sprach für die Presseabteilung der Reichsregierung Geheimrat Haas vom Auswärtigen Amt. Er sagte u. a.: Wohl auf seinem Erwerbsschwelbe lastet die allgemeine Notlage unserer Wirtschaft härter wie auf dem Zeitungsgebiete. Hier ist keine Abwälzung der ungeheuren Verteuerung der Herstellung mehr möglich. Das deutsche Volk hat seit acht Jahren immer mehr gelernt, sich Bedürfnisse des täglichen Lebens abzugewöhnen, die früher für unentbehrlich gehalten worden wären, selbst die Redaktionen der Zeitungen. Täglich bringen wir neue Opfer, täglich verzichtet der Konsument, wenigstens in den breiten Schichten des Volkes, auf neue Güter des Verbrauchs, aber es wäre eine verhängnisvolle Entwicklung, wenn wir es kampflos hinnehmen würden, auf geistige Güter verzichten zu müssen. Auf der deutschen Kultur beruht die Kraft und die Hoffnung für die Zukunft unseres Vaterlandes. Eine Einschränkung auf diesem Gebiete ist eine Lebensgefahr für die Nation. Es ist die klare Erkenntnis und die einmütige Überzeugung der Reichsregierung, daß die kulturellen Werte der deutschen Presse nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben dürfen. Der Ausdruck dieser Überzeugung ist der Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen die Not der deutschen Presse. Hoffen wir, daß der eingeschlagene Weg zu dem Ziele führt, wenigstens eine rasche, unmittelbare Erleichterung der schweren Notlage zu schaffen.

Der Dienst an der Presse ist, wenn er richtig verstanden wird, Dienst am Vaterland. So wollen wir alle der Presse dienen im Interesse der Öffentlichkeit und im Interesse des Vaterlandes, das heute mehr denn je der vollen Hingabe von uns allen bedarf zum Wiederaufbau und zu einer glücklichen Zukunft unseres Volkes.

Der erste Vorsitzende des Vereins, Kommerzienrat Krumbhaar, ging in seiner Ansprache vor allem auf die Notlage der deutschen Presse ein und betonte, daß die Regierung großes Verständnis für diese Notlage bezeugt habe, aber dieses Verständnis habe sich bisher nicht in die Tat umgesetzt. Die Maßnahmen der Reichsregierung, so dankenswert sie seien, seien bisher völlig unzureichend gewesen. Wenn der Presse in dem gegenwärtigen Stadium noch geholfen werden könne, so müsse dies sofort geschehen. Mit ihren Mitarbeitern wolle die Verlegerenschaft in gutem Einvernehmen leben, wofür ein Beweis der Abschluß der Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichsverband der deutschen Presse sei.

Im Namen des Hamburger Senats überbrachte Senator Dr. Stübmann die herzlichsten Wünsche für einen guten Verlauf der Tagung. Die jetzige Notlage des deutschen Zeitungsgebietes, so führte er aus, wäre vielleicht längst behoben, wenn man sich zur Politik der geraden Linie und zum zeitweiligen Ausfuhrverbot für Druckpapier entschlossen hätte.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Reichslandbund gegen die Getreidemlage.

Der in Berlin versammelte Gesamtvorstand des Reichslandbundes faßte einstimmig eine Entschliebung, in der es heißt: „Der Reichslandbund lehnt nach wie vor die Umlage als undurchführbar auf das entschiedenste ab. Versuche einer zwangsweisen Durchführung werden eine ungeheure Erbitterung in der Landwirtschaft auslösen und die Sicherstellung der Volksernährung auf das schwerste gefährden. Dagegen ist der Reichslandbund bereit, bei Wegfall der Umlage sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß die erforderliche Getreidemenge im freien Verkehr zu festzusetzenden Terminen aufgebracht wird. Die Mittel zur Verbilligung des Brotes für wirklich notleidende Teile der Bevölkerung sind der Gesamtheit der leistungsfähigen Stände aufzuerlegen.“

Das Gutschiner Ländchen für Deutschland.

Die freiwillige Volksabstimmung im Gutschiner Ländchen zur Klärung der Nationalitätenfrage hat eine überwältigende Mehrheit für den Verbleib bei Deutschland ergeben. Abgestimmt wurde nach dem Muster der obereschlesischen Abstimmung in gebelmer Wahl. In dem Dorfe Haasch stimmten von 937 Stimmberechtigten 859 für Deutschland, 6 für die Tschechoslowakei, 72 Stimmen fehlten; in dem Dorfe Dorschitz stimmten von 473 Stimmberechtigten 449 für Deutschland, 3 für die Tschechoslowakei, 21 Stimmen fehlten.

Hindenburgs Abschiedsgruß an Ostpreußen.

Beim Verlassen Ostpreußens hat Generalfeldmarschall v. Hindenburg eine Kundgebung erlassen, in der er auf Grund seiner Erfahrungen bei diesem Besuch der festen Überzeugung und dem erhebenden Bewußtsein Ausdruck gibt, daß seine alte preussische Heimat fest eingeschlossen ist, auf ihrem Vohen als starker Vorkämpfer des Deutschtums auszuharren und damit ihre Pflicht der ganzen deutschen Stammesgemeinschaft gegenüber treulich zu erfüllen. Der Ruf sei: „Schließt mit den Worten: Mögen sich alle meine Landsleute in Einigkeit zusammenschließen, um in gleicher Liebe zum deutschen Vaterlande an dessen Wiederaufstieg fröhlich zusammenzuarbeiten.“

Holland.

Das Ziel der Haager Konferenz. In seiner Ansprache bei der Eröffnung der Haager Konferenz erklärte der niederländische Minister des Auswärtigen van Karnebeek in einer Ansprache, daß es sehr vorteilhaft sein könne, auf neue zu versuchen, das Problem der Wiederaufrichtung Rußlands und des Wiederaufbaues des Friedens auf einer gemeinsamen Grundlage zu lösen. Nach der bedeutungsvollen Konferenz in Genoa sei eine neue Periode eingetreten, in der es darauf ankomme, die grundlegenden Tatsachen zu sammeln und den Versuch zu machen, sie zu studieren und zu gliedern. Der Weg zur ruhigen Überlegung sei geöffnet.

Großbritannien.

Die irische Verfassung ist jetzt im Entwurf bekanntgegeben worden. Danach soll der irische Freistaat ein gleichberechtigtes Mitglied der das britische Reich bildenden Völkergemeinschaft sein. Die nationale Sprache ist irisch, aber auch das Englische soll als Amtssprache anerkannt werden. Männer und Frauen haben die gleichen Bürgerrechte, einschließlich des Stimmrechts. Die Pressefreiheit, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit wird gewährleistet. Die Mitglieder des Parlaments, einschließlich des in Zukunft zu wählenden Parlaments, haben dem König Georg und seinen Nachfolgern den Treueid zu leisten. Alle Gesetzesvorlagen erfordern die Zustimmung des Königs, bevor sie Gesetz werden. Abgesehen von dem Fall, daß ein tatsächlicher Angriff erfolgt, soll der Freistaat nicht genötigt sein, an irgendeinem Kriege ohne Zustimmung seines Parlaments teilzunehmen. Die Krone soll ebenso wie in Kanada durch einen Generalgouverneur vertreten sein.

Aus In- und Ausland.

Dresden. Die deutschen Kolonialkrieger-Vereine, die in Halle a. S. versammelt waren, haben sich zum Deutschen Kolonialkrieger-Bund zusammengeschlossen.

Hamburg. Der Senat hat an Reichspräsident Ebert eine Einladung zum Besuch Hamburgs während der Aberlewoche ergehen lassen. Der Tag des Besuchs steht noch nicht fest, vorläufig ist der 17. August in Aussicht genommen.

Paris. Die Meldung wird als unrichtig bezeichnet, daß das Garantiekomitee Deutschland eine Note in maßiger Höhe vorschlagen werde, für die als Sicherheit der legitimierten deutsche Besitz in den Vereinigten Staaten dienen sollte.

London. Einer Meldung zufolge, hat sich die Schlacht an der mandschurischen Grenze zwischen den beiden chinesischen Parteien zu einer der heftigsten des Krieges entwickelt. Beide Seiten erlitten sehr schwere Verluste.

London. Es wird gemeldet, daß Lord Northcliffe wegen Unfähigkeit von seinen Ärzten jede Arbeit unterlagert worden sei. Die Veröffentlichung seiner Artikel über Deutschland wird daher vorläufig einstellt.